

Antrag 1.7.INI: Migrationssozialarbeit

Antragsteller*in:	AWO Bezirksverband Weser-Ems e.V., AWO Bezirksverband Hannover e.V., AWO Landesverband Berlin e.V., AWO Bezirksverband Braunschweig e.V., AWO Bezirksverband Niederrhein e.V., AWO Bezirksverband Westliches Westfalen e.V., AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V., AWO Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e.V., AWO Landesverband Bayern e.V.
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme

1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

2

3 1. Gemeinsam fordert die Arbeiterwohlfahrt die Bundesregierung dazu auf, die
4 bundesgeförderten Programme der Migrationssozialarbeit, im Besonderen die
5 Migrationsberatung (MBE) und die Jugendmigrationsdienste (JMD) kostendeckend zu
6 finanzieren.

7 2. Dies bedeutet, die Arbeiterwohlfahrt akzentuiert ihre politische
8 Interessenvertretung auf Bundesebene auf die Erhaltung und zukunftsweisende
9 Entwicklung der Migrationssozialarbeit.

10 3. Die Arbeiterwohlfahrt stimmt der Durchführung einer Sozialkonferenz Migration
11 für Herbst 2022 zu.

12

13 Gemeinsam wirken die Mitglieder, Engagierte und Mitarbeitende der Arbeiterwohlfahrt
14 auf eine solidarische, demokratische und gerechte Gesellschaft hin, die von einem
15 Miteinander geprägt ist, das Diversität und Vielfalt offen begegnet. In diesem
16 Zusammenhang betrachtet die AWO Zuwanderung nicht nur als Normalität der
17 Menschheitsgeschichte, sondern auch als Notwendigkeit, um aktuelle und zukünftige
18 gesellschaftliche Herausforderungen u.a. einer alternden und schrumpfenden
19 Bevölkerung oder dem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Eine fachlich und strukturell
20 breit aufgestellte und auskömmlich finanzierte Migrationssozialarbeit ist daher
21 unabdingbar.

22

23 **Hintergrund:**

24 In ihren Leitlinien zur Migrationssozialarbeit aus dem Jahr 2013 positioniert die AWO
25 die deutsche Gesellschaft als eine Einwanderungsgesellschaft, in der Migration einen
26 essenziellen Teil der Geschichte des Landes darstellt.

27 Lange bevor 2005 ein Grundangebot zur Unterstützung von Inklusion und Integration
28 bundesgesetzlich verankert wurde, waren die Träger der Freien Wohlfahrtspflege, allen
29 voran die AWO, in der Beratung und Begleitung von zugewanderten Menschen aktiv. Sehr
30 früh erkannte die AWO die zentralen Themen der Zugewanderten und war Vorreiterin bei

31 der Entwicklung von Angeboten wie beispielsweise einer mehrsprachigen Beratung für
32 damalige Gastarbeiter*innen. Die Dienste vor Ort greifen kontinuierlich neue Bedarfe
33 der Zuwanderer*innen auf und sind somit wichtige Impulsgeber bei der
34 Weiterentwicklung von Beratungs- und Begleitungsangeboten und bei der Positionierung
35 der AWO in der Migrationsgesellschaft - auf Bundesebene, in den Ländern und in den
36 Kommunen.

37 Inzwischen haben sich drei wesentliche Säulen der Migrationssozialarbeit
38 herausgebildet, die zu großen Teilen aus Bundes- und Landesmitteln finanziert werden:
39 Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), die Jugendmigrationsdienste
40 (JMD) und die Sozialberatung von Geflüchteten. Für viele Neuzugewanderte sind die
41 Berater*innen vor Ort die ersten Anlaufstellen bei Unterstützungsbedarf in konkreten
42 Fragen zum Aufenthalt, Spracherwerb, zur Arbeits- und Wohnungssuche oder dem Erwerb
43 schulischer Bildung.

44 Die Migrationssozialdienste sind eine wichtige Schnittstelle zu den Diensten der
45 sozialen und gesundheitlichen Versorgung und ein zentraler Baustein auf dem Weg zur
46 Teilhabe und Partizipation aller zugewanderten Menschen. Sie unterscheiden sich von
47 allgemeinen sozialen Diensten, insbesondere darin, dass sie für die spezifischen
48 Herausforderungen von Zuwanderer*innen sensibilisiert sind und qualifiziert auf sie
49 reagieren können, sei es bei sprachlichen Barrieren, Diskriminierung oder
50 interkulturellen Konflikten.

51 Die Migrationssozialdienste begleiten die Zugewanderten von ihrer Ankunft an bis hin
52 zu ihrem Weg in die Selbstständigkeit und verbessern somit die Lebenssituation vieler
53 Menschen in Bezug auf Sprache, Bildung, Arbeit und Wohnen. In dieser Funktion leisten
54 sie einen wesentlichen Beitrag für politischen, gesellschaftlichen und
55 interkulturellen Austausch und sind für das friedliche Zusammenleben in den Städten
56 und Kommunen unabdingbar.

57

58 **Positionierung:**

59 Die nachhaltige Integration von Zuwanderer*innen ist eine politische und
60 gesellschaftliche Daueraufgabe. Auch wenn die Spitzenzahlen der Zuwanderung von 2015
61 zurückgehen, bleibt die Aufgabe der sozialen Begleitung von Zuwanderer*innen
62 unvermindert bestehen.

63 Getragen von geschultem Personal zur sozialen Betreuung können Dienste aus dem
64 Bereich Flucht und Migration nur schwer von anderen Akteuren übernommen werden. Die
65 Haupt- und Ehrenamtlichen begleiten ihre Klient*innen in prekären Notlagen,
66 beispielsweise im Fall drohender Abschiebungen oder dem Prozess des Familiennachzugs.
67 Um professionell und fallspezifisch beraten zu können, verfügen sie nicht nur über
68 grundlegende rechtliche Kenntnisse, sondern auch über lokale Netzwerke aus zentralen
69 Akteuren wie Ausländerbehörden, Jobcentern, Migrantenselbstorganisationen oder
70 Anwält*innen.

71 Die zentralen Herausforderungen der Migrationssozialarbeit bestehen unabhängig der
72 zahlenmäßigen Zuwanderung fort und haben sich durch die Corona-Pandemie teilweise

73 verschärft. In vielen Lebensbereichen spitzt sich die Situation zu: Durch u.a. die
74 Schließungen im Zuge der Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen drohen Arbeitslosigkeit,
75 Überschuldung sowie für Kinder ein besonders erschwerter Zugang zu Bildung. Auch der
76 angespannte Wohnungsmarkt trifft neuzugewanderte Menschen in besonderem Maße. Sie
77 verfügen oftmals über ein geringeres Einkommen als der Durchschnitt und sind von
78 Ressentiments stärker betroffen.

79 Die Migrationssozialdienste haben in der Pandemie bewiesen, dass sie in der Lage
80 sind, schnell und flexibel in Krisensituationen zu reagieren. Während Behörden und
81 staatliche Träger sozialer Leistungen vielerorts geschlossen waren, hielten die
82 Mitarbeiter*innen der Migrationssozialdienste der AWO ihr Angebot aufrecht. Auf
83 vielfältige und kreative Weise wurden Corona-konforme Wege eingeschlagen und
84 Beratungen beispielsweise telefonisch oder online, im Freien, beim Spaziergehen
85 oder durch die geöffnete Fensterscheibe durchgeführt.

86

87 **Forderung:**

88 Seit einigen Jahren ist eine zunehmende Anzahl von Trägern der AWO nicht mehr in der
89 Lage, den beständig wachsenden Eigenmittelanteil zur Finanzierung der
90 Migrationssozialdienste aufzubringen. Um den Verlust der jahrzehntelangen Erfahrung
91 der AWO in diesem Kernaufgabenfeld abzuwenden und damit auch eine Trägervielfalt zu
92 erhalten, bedarf es für diese öffentliche Aufgabe einer kostendeckenden und
93 nachhaltigen öffentlichen Finanzierung.

94 Zugleich würde sich die Reduktion von Fördermitteln und damit verbundenen
95 Einschränkungen der Angebote kontraproduktiv auf die Integration vieler Menschen
96 auswirken und langfristig die soziale Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft
97 vergrößern. Weltweites Migrationsgeschehen könnte auch in Deutschland zu weiterer
98 Zuwanderung führen, auf die das Land ohne personell gut besetzte und finanziell
99 stabil getragene, vielfältige Migrationssozialdienste nicht gut vorbereitet wäre.
100 Dies würde den eigenen Zielvorgaben des Bundes widersprechen, zugewanderte Menschen
101 frühzeitig gesellschaftlich zu integrieren und langfristig zu begleiten, damit sich
102 die Versäumnisse während der Zuwanderung von Gastarbeiter*innen in den 1960er Jahre
103 nicht wiederholen.

104 Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die
105 bundesgeförderten Programme der Migrationssozialarbeit, im Besonderen die
106 Migrationsberatung (MBE) und die Jugendmigrationsdienste (JMD) kostendeckend und
107 nachhaltig zu finanzieren.

108 Dies bedeutet, dass die AWO ihre politische Interessenvertretung auf Bundesebene
109 akzentuiert und schwerpunktmäßig für die Erhaltung und den bedarfsgerechten Ausbau
110 der Migrationssozialarbeit einsetzt und eine zukunftsweisende Entwicklung der
111 Migrationssozialarbeit bewirbt.

112 Um diese Themen eingehender zu besprechen, ist die Notwendigkeit der Durchführung
113 einer Sozialkonferenz zum Thema Migration gegeben. Daher möge die Bundeskonferenz der
114 Durchführung einer solchen Konferenz im Herbst 2022 zustimmen.